



Presseschau vom 12.09.2016:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Vormittags:

De.sputniknews.com: CIA-Chef: „Russland ist gefährlicher Rivale für die USA“
Russland ist für die USA ein gefährlicher Rivale, sagte CIA-Chef John Brennan am Sonntag gegenüber dem TV-Sender CBS-News.

Besonders gefährlich sei Russland für die USA in einigen Bereichen, dabei gebe es aber auch solche Gebiete, auf denen es notwendig sei, mit Russland zusammenzuarbeiten, besonders in der Syrien-Frage

Laut Brennan sollten die USA „bezüglich der Datensammlung im Cyberraum vorsichtig gegenüber der russischen Regierung sein“. Dabei beschuldigte der CIA-Chef in dem Interview mit CBS News Moskau nicht der Cyberattacken auf die Server der US-Demokraten.

Ein Sprecher von Clintons Wahlstab hatte zuvor gesagt, die Server seien von russischen Hackern angegriffen worden. Dies sei ein Beweis für die Absicht Russlands, Donald Trump bei den Präsidentschaftswahlen zu unterstützen, hieß es damals.

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow hatte diese Vorwürfe deutlich zurückgewiesen und bezeichnete sie als „absurd“.

Am 22. Juli hatte die Webseite WikiLeaks rund 20.000 E-Mails und Dokumente der US-Demokraten veröffentlicht, die darauf hinwiesen, dass sich die demokratische Parteiführung im Zuge der Präsidentschaftsvorwahl nicht neutral verhalten hatte und den innerparteilichen Rivalen von Clinton, Bernie Sanders, in Verruf bringen wollte.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **einmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte heute die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Aus Richtung Popasnaja wurde **Kalinowo** mit Granatwerfern beschossen. Verluste gibt es keine.

Dan-news.info: „Von 21:20 bis 1:30 hat die ukrainische Seite die Umgebung von **Jasinowataja**, die Dörfer **Spartak** und **Sachanka** beschossen. Geschossen wurde mit Mörsern der Kaliber 82 und 120mm“, teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

Nach seinen Angaben wurden von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte 38 Mörsergeschosse abgeschossen. Neben Mörsern verwendeten die ukrainischen Abteilungen auch Panzertechnik, Granatwerfer und Schusswaffen. Informationen über Zerstörungen werden noch geprüft.

De.sputniknews.com: Wahlsonntag in Weißrussland: Opposition zieht ins Parlament ein
Nach dem Urnengang vom Sonntag sind auch Oppositionspolitiker in das neue weißrussische Parlament eingezogen, gab die Wahlleitung am Montag an.
In Minsk ist demnach Anna Kanopazkaja von der Vereinigten Bürgerpartei gewählt worden. In mindestens einem anderen Wahlkreis habe sich eine Oppositionelle durchgesetzt.
Die SOZ- und GUS-Beobachtungsmissionen in Weißrussland hatten die Parlamentswahl am Sonntag in ihren Presseerklärungen als offen und transparent bezeichnet.
„Nach Meinung der SOZ-Beobachter sind diese Wahlen im Unterschied zu den vorangegangenen (im Jahr 2012 – Anm. der Red.) offener, demokratischer, transparenter und besser organisiert gewesen“, sagte der Generalsekretär der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), Sergej Lebedew, bei einer Pressekonferenz am Montag.
Auch der Generalsekretär der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ), Raschid Alimov, hat die Wahl als „der nationalen Gesetzgebung entsprechend“ bezeichnet und betont, dass „alle Wahlveranstaltungen offen abgehalten wurden und durch eine breite Medienberichterstattung gekennzeichnet waren“.
Für die 110 Sitze des weißrussischen Parlaments kandidierten nach Angaben der Wahlkommission in Minsk 484 Politiker, darunter etwa 200 Oppositionsvertreter. Die Wahlbeteiligung lag bei 75 Prozent. Im letzten Parlament, das 2012 gewählt worden war, waren keine Oppositionsparteien vertreten.



De.sputniknews.com: Die US-Militärs sind daran gewöhnt, vor der sowjetischen und nun auch der russischen Staatsgrenze provokativ vorzugehen, bis man sie zurechtweist. Das betont Wladimir Komojedow, einst Befehlshaber der russischen Schwarzmeerflotte und nun Chef des Duma-Ausschusses für Verteidigung...

Dnr-online.ru: Das Ministerium für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR teilt mit, dass im 2. Quartal 2016 921 Privathäuser und 126 Mehrparteihäuser in der DVR in der Folge von Beschüssen der ukrainischen Streitkräfte beschädigt wurden.

Diese Daten folgen aus statistischen Informationen, die dem Bauministerium von den örtlichen Verwaltungen über Zerstörungen von Wohnraum in der Folge von Kämpfen gemeldet wurden.

Während im 1. Quartal die Statistik der Beschädigungen insgesamt (seit Beginn der Kämpfe, Anm. d. Übers.) 17.803 Privathäuser und 4.233 Mehrparteihäuser umfasste, so sind es nach den Angaben aus derselben Quelle im zweiten Quartal insgesamt 18.724 private und 4.359 Mehrparteihäuser, die seit Beginn der Kämpfe beschädigt wurden.

Operative Informationen über neue Zerstörungen gehen ständig ein. Am meisten sind die Ortschaften betroffen, in denen bis jetzt die Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte nicht aufgehört haben.

De.sputniknews.com: Kiew will Einfuhrverbot für russische Bücher mit „antiukrainischem Inhalt“

Der ukrainische Vize-Premierminister Wjatscheslaw Kirilenko rechnet damit, dass die Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) ein neues Gesetz über ein Einfuhrverbot für russische Bücher mit „antiukrainischem Inhalt“ bis Ende des Jahres verabschiedet, wie die Zeitung RBC Daily schreibt.

„Hauptsache ist, dass dieser Gesetzesentwurf als Regierungsbeschluss offiziell ins Parlament eingebracht wird, das heißt, es ist die Position der ukrainischen Regierung zum Schutz des humanitären Bereichs“, sagte Kirilenko. Er sei zuversichtlich, dass die Gesetzesvorlage bis Ende des Jahres angenommen werde.

Dieser Schritt ist aus Sicht des Vize-Premiers Teil der „humanitären Sicherheit“ der Ukraine. Das Verbot solle aber nur für Bücher aus Russland gelten, während andere Länder weiterhin frei Bücher importieren dürften. Das Verbot werde jedoch keine wissenschaftliche und schöngestige russische Literatur betreffen, die keinen „antiukrainischen Inhalt“ habe.

Am 8. September wurde der entsprechende Gesetzesentwurf vom ukrainischen Ministerkabinett gebilligt.

In der Ukraine ist derzeit auch die Tätigkeit einer Reihe russischer Fernsehsender verboten, unter anderem „Erster Kanal“, „Rossija RTR“, „Rossiya-24“ usw. Der Grund für das Verbot ist eine angebliche Unvereinbarkeit mit den Vorschriften des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen und der ukrainischen Gesetzgebung.

Dan-news.info: Das Staatssicherheitsministerium der DVR hat eine Gruppe minderjähriger Einwohner festgenommen, die unter dem Verdacht stehen, auf Anweisung von Spezialdiensten der Ukraine eine Reihe Diversionen auf dem Territorium der Republik begangen zu haben. Dies teilte der Pressedienst des Ministeriums mit.

„Das Staatssicherheitsministerium hat ein Agentennetz von Spezialdiensten der Ukraine aufgedeckt und die Aktivitäten der Diversionsgruppe unterbunden, die auf dem Territorium der Republik aktiv war“, heißt es in der Mitteilung.

Im Verlauf der Gegenauklärungsmaßnahme wurde festgestellt, dass der Mitarbeiter eines ukrainischen Spezialdienstes Igor Rizko (Codename „Almas“), der unter dem Anschein eines Soldaten des Truppenteils Nr. PP 3629 der ukrainischen Streitkräfte arbeitete, dem nicht

volljährigen Einwohner von Jasinowataja Bogdan Kowaltschuk vorschlug, zuerst „eine Gruppe aus Freund und Bekannten zu bilden, um Geld zu verdienen, indem Schulden von Geschäftsleuten in Jasinowataja eingetrieben werden“ und später Diversionen an staatlichen Objekten der DVR.

Nach Angaben des Staatssicherheitsministeriums waren in der Gruppe sieben Minderjährige. Spezialdienste der Ukraine kontrollierten diesen Prozess. Die Diversanten wurden zuerst mit Geld gelockt (es wurden Prämien ab 5000 Griwna gezahlt), dann wurden sie mit der Strafe für bereits begangene Verbrechen erpresst und eingeschüchtert.

„Es wurde festgestellt, dass im Zeitraum vom Mai 2015 bis Juni 2016 von der Gruppe Minderjähriger Sprengungen von Fahrzeugen von Zivilisten, militärischen Fahrzeugen, gepanzerten Fahrzeugen, Dienstfahrzeugen der Abteilung der Innenministeriums in Jasinowataja und anderer ziviler und militärischer Objekte vorgenommen wurden. Derzeit laufen Ermittlungen und Untersuchungen zur Feststellung aller Teilnehmer der genannten Gruppe und des Grads der Schuld jedes von ihnen“, heißt es beim Pressedienst.

Das Staatssicherheitsministerium der DVR hat in diesem Zusammenhang die internationalen Menschenrechtsorganisationen aufgerufen, die Aufmerksamkeit auf die Heranziehung von minderjährigen Personen zu kriminellen und diversiven Aktivitäten durch Kiew zu richten.

De.sputniknews.com: Vize-Außenminister: Flugverbot für syrische Luftwaffe ist keine Flugverbotszone

Die Vereinbarung zwischen Russland und den USA über das Flugverbot für die syrische Luftwaffe bedeutet nicht gleichzeitig eine flugfreie Zone über Syrien, wie Russlands Vize-Außenminister und Sondergesandte des russischen Präsidenten für den Nahen Osten und Afrika, Michail Bogdanow, am Montag sagte.

„Nein, natürlich nicht“, antwortete er auf die diesbezügliche Frage. Laut Bogdanow geht es dort um die Koordinierung, wer wohin fliegt. Die syrische Luftwaffe würde auch Flüge absolvieren, aber nur nach Zeitplan.

Am Freitag hatten sich der russische Außenminister Sergej Lawrow und sein US-amerikanischer Amtskollege John Kerry auf einen Plan zur Regelung des Konfliktes in Syrien geeinigt. Laut der Vereinbarung sollen die Kampfhandlungen in Syrien am Montag, dem 12. September, eingestellt werden. Zudem sollten die Terroristen von der gemäßigten Opposition abgegrenzt werden und der Anti-Terror-Kampf weiter geführt werden.

Außerdem hatten sich Moskau und Washington darüber verständigt, dass die syrische Luftwaffe über die von der Opposition kontrollierten Gebiete nicht fliegen wird.

Nachmittags:

De.sputniknews.com: Kreml: Keine Diskussion mit Kiew über Wahlprozesse in Russland
Russland will mit keinem anderen Land die Wahlprozesse auf eigenem Territorium erörtern, sagte der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, am Montag. Damit kommentierte er die von der Ukraine formulierten Forderungen in Bezug auf die Organisation der Parlamentswahlen.

„In diesem Fall ist die russische Seite im Großen und Ganzen nicht bereit, irgendwelche Anforderungen (an die Durchführung der Wahlen – Anm. d. Red.) zu akzeptieren“, so Peskow. Der Kreml-Sprecher betonte, dass die von der Ukraine gestellten Bedingungen „unter keinen Umständen in Betracht gezogen werden können“.

Wie die Pressesprecherin des ukrainischen Außenministeriums, Marjana Beza, zuvor mitgeteilt hatte, ist eine Abstimmung in den diplomatischen bzw. konsularischen Einrichtungen Russlands unmöglich. Denn diese müssten entsprechend der Wiener Konvention die Gesetze der Ukraine als Aufenthaltsland achten und dürften die genannten Räume nicht für Ziele nutzen, die mit den ukrainischen Gesetzen und den internationalen Verträgen nicht vereinbar seien, an denen die Ukraine und Russland beteiligt seien, hieß es. In der Ukraine befinden sich vier diplomatische Vertretungen Russlands: die Botschaft in Kiew und die Generalkonsulate in Odessa, Charkiw und Lwiw.

Kiew hatte zur Bedingung für die Abstimmung in der Ukraine gemacht, dass Russland auf die Wahlen auf der Krim und in Sewastopol verzichtet sowie die von den politischen Parteien auf der Krim und in Sewastopol aufgestellten Kandidaten aus den föderalen Kandidatenlisten ausschließt.

Nach Angaben des Mitglieds der Zentralen Wahlkommission Russlands, Wassili Lichatschow, halten sich etwa 80.000 wahlberechtigte Bürger Russlands in der Ukraine auf.

De.sputniknews.com: Russland und USA vereinbaren neuen Aktionsplan für Syrien
Am 12. September soll in Syrien eine Waffenruhe in Kraft treten. Eine entsprechende Vereinbarung haben die Außenminister Russlands und der USA, Sergej Lawrow und John Kerry, in der Nacht auf Samstag erreicht.

Obwohl sich bereits Hunderte syrische Ortschaften der Waffenruhe angeschlossen und die Behörden des Landes die erreichten Vereinbarungen begrüßt haben, wird es deutlich schwieriger werden als angenommen, diese Vereinbarungen zu verwirklichen.

Am 12. September sollen in Syrien die Kämpfe beendet werden – darauf einigten sich der russische Außenminister Sergej Lawrow und sein US-amerikanischer Amtskollege John Kerry bei ihren Gesprächen in Genf.

„Ich habe selten solch eine reale Bereitschaft von Russland und den USA gesehen, gemeinsam Probleme zu lösen: Kampf gegen den ‚Islamischen Staat‘ und die Beendigung des syrischen Krieges, ungeachtet der Diskrepanzen bezüglich der künftigen politischen Struktur Syriens“, sagte der UN-Beauftragte für Syrien, Staffan de Mistura.

Wie die Chefdiplomaten nach den 15-stündigen Verhandlungen in Genf verkündeten, wurden fünf Dokumente vereinbart. Zu den Einzelheiten wurden keine Angaben gemacht, doch der Hauptinhalt der Verhandlungen ist bekannt: Die Waffenruhe muss zweimal in Abständen von 48 Stunden bestätigt werden, um letztendlich zu ihrer ständigen Einhaltung zu kommen. Zudem werden zuvor blockierte Gebiete mit humanitären Hilfsgütern versorgt, vor allem Aleppo. Zudem soll bei Bombenangriffen zwischen so genannten moderaten Oppositionellen und terroristischen Gruppierungen unterschieden werden. Dabei wollen Russland und die USA ihre Militäraktionen abstimmen, um Opfer unter Zivilisten zu vermeiden.

Mit dieser Maßnahme sollen Bedingungen für die Wiederaufnahme des politischen Prozesses in Syrien geschaffen werden.

Wie es aus russischen Militärkreisen heißt, hängt die neue Position Moskaus mit der schwierigen Lage der syrischen Armee zusammen. Ihre Ressourcen sind nach den schweren Kämpfen um Aleppo und einigen gescheiterten Versuchen der Übernahme der Kontrolle erschöpft.

Nach Angaben des russischen Zentrums für Versöhnung schlossen sich 597 syrische Ortschaften dem Waffenstillstand an, der (Stand 10.09.2016) jedoch achtmal gebrochen wurde. Etwa zehn Siedlungen in den Provinzen Damaskus und Hama seien aus Granatwerfern beschossen worden, sagten Vertreter der islamischen Gruppierung „Ahrar al-Sham“. Im syrischen oppositionellen Höchsten Komitee für Verhandlungen teilte man mit, man kenne immer noch nicht die Position Russlands und der USA und warte diesbezüglich auf genauere Erklärungen.

Lug-info.com: Die ukrainische Seite hat die Wasserlieferungen in die Republik von der im Gebiet von Lisitschank gelegenen Westlichen Filterstation und dem Petrowskij-Wasserwerk um 50% reduziert. Dies teilte heute der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats, der Zivilschutzminister Sergej Iwanuschkin mit.

Er unterstrich, dass derzeit alle inneren Wasserleitungen der Republik funktionieren.

„Aber die äußeren Wasserleitungen – über Lisitschank und das Petrowskij-Wasserwerk – sind um 50% reduziert. Wie uns diese Gebiet mitteilen, angeblich im Zusammenhang mit Reparaturarbeiten“, sagte Iwanuschkin.

„Die Lieferung aus Lisitschank – 1000 Kubikmeter pro Stunde anstelle der zugesagten 2500, über das Petrowskij-Wasserwerk – 500 Kubikmeter pro Stunden anstelle der angekündigten 1000“, teilte er mit.

De.sputniknews.com: Demo in Warschau: Obstbauern wollen wieder nach Russland exportieren

„Wir kämpfen um unser Überleben“: Am Montag haben Hunderte polnische Landwirte in Warschau eine Protestaktion veranstaltet, meldet die Agentur PAP. Die Obstbauern fordern Änderungen bei den Russland-Sanktionen, sodass ein Export wieder ermöglicht oder zumindest die davor versprochenen Entschädigungsgelder ausgezahlt werden...

Lug-info.com Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Major Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„Heute um 6:55 haben Kämpfer des „Rechten Sektors“ einen barbarischen Beschuss des Kontroll- und Passierpunkts „Staniza Luganskaja“ durchgeführt, wo sich schon zivile Bürger befanden. Der Betrieb des KPP wurde wegen der Sicherheitsgefahr zeitweilig eingestellt und um 7:30 wieder begonnen“, sagte Marotschko.

„Wir haben über diese Sache die OSZE-Mission und das Gemeinsame Zentrum zur Kontrolle und Koordination informiert“, teilte er mit.

„Kräfte der ukrainischen Junta unterschlagen und überführen weiterhin Munition in der Zone der sogenannten „ATO“. Nach Angaben örtlicher Einwohner wurde in Polowinkino, Starobeschewskij-Bezirk auf dem Gebiet einer Wurstfabrik ein sogenanntes Munitionslager organisiert, das dem nationalistischen Bataillon „Ajdar“ gehört“, sagte Marotschko.

„Diese Einrichtung wird als zeitweiliges Lager verwendet, in dem sich sieben Granatwerfer RPG-22, drei Ladungen für RPG-7, zwei Zünder für RGD-5-Granaten, drei Schutzplatten für Panzer sowie Betäubungsmittel – das sind 50 Gramm Marihuana und 45 Ampullen mit Narkotika befinden“, erläuterte der Major.

Nach seinen Worten kann aufgrund der Verschiedenartigkeit und Zahl der genannten Materialien „der Schluss gezogen werden, dass neben Barabrechnungen von den Nationalisten auch „Naturalienhandel“ betrieben wird – ein Austausch von Munition gegen Drogen durch die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, was von dem völligen Zerfall des Personal zeugt und davon, dass dort einfach Alkoholiker und Drogenabhängige sind“.

Gleichzeitig verfügt die Volksmiliz über Informationen über neun Fälle von Desertion mit der Waffe von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, die der 28. Brigade angehören, die im Gebiet von Staniza Luganskaja stationiert ist.

„Dies bestätigt ein weiteres Mal die äußerst niedrigen Motivationsstand der ukrainischen Soldaten, die die verbrecherischen Befehle der militärischen Führung nicht ausführen wollen, die den Willen der Kiewer Junta durchführt“, unterstrich der Vertreter der Volksmiliz.

Marotschko rief im Nahmen der Volksmiliz ein weiteres Mal alle Einwohner von Ortschaften, in denen ukrainischen Truppen stationiert sind, auf, sofort deren Abzug zu fordern.

„Sie nutzen euch als lebendes Schild und das Gebäude selbst als Munitionslager, das jeden Moment hochgehen kann und zu tragischen Folgen für die friedliche Bevölkerung führen kann. So etwas gab es schon und Sie wissen das sehr gut“, sagte der Major.

De.sputniknews.com: Russland hat eine offizielle Benachrichtigung aus Kiew erhalten, dass in der Ukraine die Abstimmung zu den russischen Staatsduma-Wahlen unmöglich durchgeführt werden kann. „Wir haben die Note erhalten, prüfen sie jetzt und werden eine entsprechende Erklärung abgeben“, hieß es hierzu im russischen Außenministerium. Zuvor hatte die Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission der Russischen Föderation, Ella Pamfilowa, Kiew mit möglichen Folgen gedroht, sollte es seine Position nicht ändern. Ihren Worten zufolge könnte ein Wahlverbot „die Ukraine selbst gleich einem Bumerang in überraschendster Weise treffen“.

Sie erinnerte daran, dass die russische Botschaft in Kiew und die Generalkonsulate in Odessa, Lwiw und Charkiw Wahllokale eingerichtet hätten, damit etwa 80.000 Wähler ihr Wahlrecht wahrnehmen können. Außerdem wurden ihr zufolge zusätzliche Wahllokale für die Abstimmung in den Nachbarländern der Ukraine organisiert.

Laut den russischen Nachrichtenagenturen erklärte der Pressesprecher des ukrainischen Präsidenten, Swjatoslaw Zegolko, am 10. September, dass Petro Poroschenko den Außenminister Pawel Klimkin beauftragt habe, Russland über die Unmöglichkeit einer Durchführung der Staatsduma-Wahlen auf ukrainischem Territorium zu informieren.

Am 8. September hatte das russische Außenministerium die Kiewer Behörden aufgefordert, die Sicherheit bei der Durchführung dieser Wahlen zu gewährleisten.

Die Wahlen in die Staatsduma Russlands finden am 18. September nach dem gemischten System statt: 225 Mandate werden nach dem Listenwahlrecht vergeben, die andere Hälfte als Direktmandate. Bei den Wahlen ins Unterhaus des russischen Parlaments von 2011 waren in der Ukraine 17 Wahllokale eingerichtet worden, in die damals etwa 23.000 Staatsbürger Russlands zu den Wahlen gekommen waren.

Wie eine dem russischen Außenministerium nahestehende Quelle den Medien mitteilte, „war im Vorhinein klar, dass auf dem Territorium der diplomatischen Vertretungen nur die Abstimmung für die Diplomaten und Mitarbeiter durchgeführt werden kann“.

Ukrinform: Europa muss die Sanktionen gegen Russland aufrecht erhalten, bis wirkliche Ergebnisse von Minsk sichtbar werden.

Das Problem aber besteht darin, dass „Europa keine einheitliche Strategie hat und es ihm an gemeinsamem politischem Willen gegenüber Russland fehlt. Dieses Problem geht weit über das hinaus, was im Augenblick im Donbass geschieht“, sagte der Außenminister der Ukraine, Pawlo Klimkin, in der Montagsausgabe der „Welt“.

Die Erhaltung der Sanktionen ist laut Klimkin auch „ganz fundamental für die Zukunft der EU insgesamt“. „Wenn man jetzt sagt, wir können gegen Russland, das sich an keine Regeln hält, nichts machen, wir geben deshalb nach und kündigen unsere Solidarität auf, wird das Konsequenzen für das Selbstverständnis der EU und für ihre Glaubwürdigkeit vor sich selbst und in der Welt haben.“

Der Außenminister sagte weiter, dass Russland „direkt oder indirekt politische Kräfte von links bis rechts in der EU unterstützt, um das europäische Wertesystem zu unterminieren oder grundsätzlich zu verändern“. Er sei aber sicher, dass man mit Moskau aber weiter reden müsse. „Doch ein echtes Vertrauensverhältnis zu Russland ist momentan nicht möglich, nicht nur wegen des aktuellen hybriden Kriegs in der Ostukraine.“

Über das Minsker Abkommen sagte Klimkin: „Der russische Präsident Putin sieht Minsk ganz anders, nämlich als Mittel, um die von ihm eingesetzten Machthaber in der Ostukraine zu legitimieren. Er will überhaupt keine Kontrolle der OSZE im Donbass zulassen, keinen Zugang für sie zu den russischen Waffen und zur Grenze zwischen Russland und den okkupierten ukrainischen Gebieten. Sein Ziel ist die Errichtung eines russischen Protektorats, das dann wie ein Trojanisches Pferd für die anhaltende Destabilisierung der gesamten Ukraine sorgt“

Weitere Themen des Interviews für „Die Welt“ waren auch Visumfreiheit für Ukrainer und die NATO-Mitgliedschaft des Landes. Der Minister rechnet mit der Visumfreiheit bis November.

De.sputniknews.com: Der Kreml hat die Ankündigung von Ex-Oligarch Michail Chodorkowski, nach einer „Konkurrenz“ für Präsident Wladimir Putin zu suchen, als uninteressant bezeichnet.

„Solche Projekte werden offenbar von Menschen ausgearbeitet und zur Umsetzung vorbereitet, die jede Verbindung zu Russland unwiederbringlich verloren haben“, kommentierte Dmitri Peskow, Pressesprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Er mutmaßte, dass Chodorkowski, der seit Jahren in Westeuropa lebt, „sich von den Ereignissen in Russland, von der russischen Tagesordnung weit entfernt hat“.

„Wir sehen an diesem Projekt nichts Interessantes“, sagte Peskow weiter.

Michail Chodorkowski, Chef des mittlerweile insolventen Ölkonzerns Yukos, hatte wegen schweren Betrugs und Steuerhinterziehung zehn Jahre in Haft verbracht. Der einst reichste Mann Russlands wurde 2013 von Präsident Wladimir Putin begnadigt und setzte sich nach Berlin ab.

Am heutigen Montag kündigte der 53-Jährige in einem Interview für die russische Zeitung RBC an, er wolle nach „Konkurrenten“ für den Amtsinhaber Putin bei der nächsten Präsidentschaftswahl in Russland suchen. Für sein Projekt legt der gefallene Oligarch eine spezielle Webseite an, um einen „alternativen Kandidaten“ auszusuchen und ihn beim Wahlrennen 2018 zu unterstützen.

Lug-info.com: Die Generalstaatsanwaltschaft der LVR hat ein Strafverfahren gegen den leitenden Ingenieur der kommunalen Unternehmens „Altschewsker Heizwerke“ aufgenommen, der der Unterschlagung von mehr als 600.000 Rubel verdächtigt wird. Dies teilte heute der Generalstaatsanwalt der Republik Saur Ismailow mit:

„Von uns wurde am Freitag ein Strafverfahren aufgenommen. Die Rede ist von den Reparaturen einer zentralen Wärmeleitung, namentlich von dem kommunalen Unternehmen „Altschewsker Heizwerke“. Der leitende Ingenieur des Unternehmens wurde in der Folge festgesetzt und in Untersuchungshaft genommen“, teilte Ismailow mit.

Er erklärte, dass in den Materialien der Strafsache bereits einige Expertisen sind, die bestätigen, dass Mitarbeiter des Unternehmens an der Fernwärmeleitung Hochdruckhähne- und Flansche installiert haben, „die tatsächlich nicht funktionieren“.

„Unter anderem ist bereits zuverlässig bekannt und es gibt Ergebnisse einer Expertise, dass den Dokumenten nach 650.000 Rubel (für die Installation der o.g. Ausrüstung - Anm. Lug) flossen. Tatsächlich hat ein Donezker Experteninstitut uns mitgeteilt, dass alles, was dort installiert wurde, 47.000 kostet. Es wurde alles an Almetallplätzen gekauft“, erläuterte der Generalstaatsanwalt.

„Außerdem haben wir jetzt Proben an den Leitungen entnommen, sie hätten ohne Nähte sein müssen, aber sie haben alle Nähte. Außerdem war die Installation von Gaskompensatoren an Wasserleitungen geplant“, berichtete er.

„Die Ermittlung arbeitet jetzt, es tauchen dabei immer weitere Personen auf und es gibt Anlass anzunehmen, dass es dort ein Vergehen im Zusammenhang mit Korruption gibt und die Rede von hoch angesiedelten Amtsträgern sein wird“, fügte der Generalstaatsanwalt hinzu.

De.sputniknews.com: Russland hat laut dem Finanzminister des Landes, Anton Siluanow, von der Ukraine keine offizielle Anfrage zur Umstrukturierung der Schulden über drei Milliarden Dollar erhalten.

„Wir haben von der ukrainischen Seite keine offizielle Anfrage über die Aufnahme eines Verhandlungsprozesses zur Umstrukturierung der Schulden bekommen“, sagte Siluanow. Dem Minister zufolge hat Moskau alle notwendigen Schritte unternommen, um die Umstrukturierung der Schulden zu ermöglichen, und Kiew „einen interessanten Vorschlag“

gemacht.

„Der russische Präsident hat unsere Vorschläge zur Umstrukturierung der Schulden der Ukraine an den Internationalen Währungsfonds (IWF) überreicht. Es geht darum, dass wir zu einer Stundung bereit sind, doch muss der eigentliche Kreditbetrag im vollen Umfang ausgezahlt werden“, sagte Siluanow.

Der Finanzminister betonte zudem, Russland halte die Erklärung des IWF darüber, dass die Ukraine alle Bedingungen erfüllt habe, um eine weitere Kredittranche vom IWF zu bekommen, für grundlos. Laut Siluanow bereitet eine derartige Erklärung Bedingungen für Präzedenzfälle dieser Art in Zukunft.

Zuvor hatte der ukrainische Finanzminister Alexander Daniljuk erneut erklärt, dass Kiew sich nicht verpflichtet fühle, die Schulden gegenüber Moskau zu begleichen. „Es war ein politischer Kredit. Man hat uns dazu gezwungen, ihn aufzunehmen. Unsere Position ist, dass wir das Geld nicht zurückgeben sollten“, sagte er Ende Juli in Kiew.

Russland hatte im Februar 2016 beim Londoner Gericht eine Klage gegen die Ukraine auf die Rückzahlung von drei Milliarden US-Dollar Schulden samt Zinsen eingereicht. Ende 2015 hatte Kiew seine Staatspleite erklärt und Russland eine Umstrukturierung der Schulden zu gleichen Bedingungen wie für private Gläubiger vorgeschlagen. Moskau besteht jedoch darauf, dass es souveräne Schulden seien, über deren Umstrukturierung extra entschieden werden müsse.

Kiew hat mehrmals um eine Verschiebung der Anhörungen vor dem Londoner Gericht gebeten. Moskau entsprach jedes Mal dieser Bitte. Wie der russische Finanzminister Anton Siluanow Ende April sagte, hat die russische Seite nun zum letzten Mal beschlossen, der neuen ukrainischen Regierung Zeit zu geben, die Situation nüchtern einzuschätzen und gewissenhafte Verhandlungen über die Schuldentilgung aufzunehmen.

[Ukrinform: Der Vizepremierminister der Ukraine, Pawlo Rosenko schätzt die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen in der Ukraine auf 1,8 Millionen.](#)

[Er sagte jedoch dem TV-Sender „112 Ukraine“, dass nur die Menschen, die das Recht auf Arbeitslosenhilfe haben, sich bei der Arbeitsbehörde registrieren lassen. Es handele sich um 400.000 Menschen. Das sei um 10 Prozent weniger als im Vorjahr. Insgesamt liege die Zahl der Arbeitslosen nach Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation bei rund 1,8 Millionen.](#)

[Dnr-online.ru/youtube-Seite des Verteidigungsministeriums der DVR:](#)

[Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs des operativen Kommandos der DVR Eduard Basurin \(Zusammenfassung mehrerer Meldungen\)](#)

[Die Lage in der DVR bleibt angespannt. Insgesamt haben die ukrainischen Truppen in den letzten 24 Stunden **108 Mal** das Regime der Feuereinstellung verletzt, was von einem Sinken der Zahl der Beschüsse nach unseren Warnungen über die Anwendung harter erwidender Maßnahmen zeugt. Aber gleichzeitig hat das Kommando der ukrainischen Streitkräfte die Diversionsaktivitäten seiner Spezialoperationskräfte verstärkt. Insgesamt haben die ukrainischen Straftruppen auf Ortschaften der DVR 58 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 82mm, dabei wurden allein auf Jasinowataja 29 Mörsergeschosse verschiedenen Kalibers abgeschossen. Außerdem wurde das Feuer mit Panzertechnik, Granatwerfern und Schusswaffen eröffnet.](#)

[Außerdem wurden folgende Ortschaften beschossen: **Wasiljewka, Spartak, Alexandrowska, Dokutschajewsk, Sachanka, Leninskoje und der Petrowskij-Bezirk von Donezk.**](#)

[Gleichzeitig damit ist die Aktivität ukrainischer Diversions- und Erkundungsgruppen von Spezialoperationskräften der ukrainischen Streitkräfte festzustellen, die auf das Territorium der Republik eingeschleust werden. So erfolgte gestern gegen 23:10 im Militärkommissariat von Schachtjorsk auf der Theater-Straße 8 eine Detonation einer nicht identifizierten Sprengeinrichtung, die auf die Fensterbank des Erdgeschosses auf der Rückseite des](#)

Gebäudes gelegt worden war. In der Folge der Explosion, die von einer ukrainischen Diversions- und Erkundungsgruppe organisiert wurde, erlitt ein friedlicher Einwohner, ein ziviler Wachmann, der das Gebäude abging, zahlreiche Splitterverletzungen durch die Splitter des Fensterglases. Außerdem gibt es Beschädigungen des Gebäudes, unter anderem ist ein Fenster zerschlagen und Gitterstäbe zerstört.

Aufgrund der Detonation werden operative Ermittlungsmaßnahmen durchgeführt. Vorläufig wird die Detonation durch eine ukrainische Diversions- und Erkundungsgruppe als Terrorakt qualifiziert.



Ein zweiter Terrorakt wurde heute Morgen durch unsere Kräfte verhindert. Ukrainische Diversanten legten eine Sprengvorrichtung mit einer Mächtigkeit von 400 Gramm TNT-Äquivalent an die Fassade des Charzysker Militärkommissariats. Die Explosion sollte zur Morgenzeit erfolgen, mit Beginn der Öffnungszeiten für die örtlichen Einwohner. Im Zusammenhang damit bitten wir die friedlichen Einwohner, in der Wachsamkeit nicht nachzulassen und Entdeckung verdächtiger Personen sowie bei der Installation von verdächtigten Objekten durch diese sofort telefonisch die Militärkommandanturen, das Staatssicherheitsministerium, das Innenministerium oder das Zivilschutzministerium zu informieren.



Es ist festzustellen, dass die Aktivitäten ukrainischer Diversions- und Erkundungsgruppen der Spezialoperationskräfte der ukrainischen Streitkräfte ausschließlich gegen friedliche Einwohner und soziale Objekte der Republik gerichtet sind. Diese Fakten und auch das Eindringen von Diversanten auf das Territorium der Republik am 10. September und der Beschuss von Krutaja Balka von den eingenommenen Positionen aus, der so lange andauerte, bis wir sie mit unseren Abteilungen auf ihr Territorium zurückgedrängt hatten, zeugen von einer Anwendung der unmenschlichsten Mittel des Krieges gegen friedliche Einwohner durch den Gegner.

Es ist wichtig anzumerken, dass bei Abzug der ukrainischen Diversions- und Erkundungsgruppen auf ihr Territorium am 10. September nach der Realisierung der Provokation die Diversantengruppen Verluste erlitten. Nach unseren Informationen wurden zwei Soldaten des 73. Marinezentrums für besondere Aufgaben verletzt. Insgesamt wurden zwei Gruppen des Gegners mit je drei Personen eingesetzt. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Diversanten planten, von unserem Territorium aus das Feuer unter anderem auf die Positionen der eigenen Truppen zu eröffnen, um eine Verschärfung des Konflikts zu provozieren sowie durch vorbereitete Journalisten Verletzungen des Feuereinstellung von unserer Seite aus feststellen zu lassen.

Unsere Aufklärung stellt weiterhin die Vorbereitung von blutigen Provokationen und zur Aktivierung der Kämpfe durch die ukrainischen Kräfte fest. So in folgenden Gebieten:

- Nowotroizkoje, 6 km von der Kontaktlinie, es wurde die Stationierung von einem 122mm-Artilleriegeschütz „Gwosdika“ und zwei Einheiten Panzertechnik als Deckung festgestellt;
- Petrowskoje, 1 km von der Kontaktlinie, es wurde eine Konzentration von vier Einheiten Panzertechnik festgestellt;
- Priowrashnoje, 15 m von der Kontaktlinie, es wurde eine Konzentration von sechs Panzern festgestellt;
- Schirokino, 1,5 km von der Kontaktlinie, es wurde die Ankunft von sechs Fahrzeugen mit Munition und Personal festgestellt. Die entdeckte Technik ist in Waldstücken stationiert und sorgfältig getarnt.

Alle Angaben über Verletzungen der Minsker Vereinbarungen durch die ukrainische Seite und über den Ort der Stationierung verbotener Waffen der ukrainischen Streitkräfte wurden den Vertretern der OSZE und des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination

übergeben.

Das ukrainische Kommando ist wie zuvor nicht in der Lage, Ordnung in seinen Abteilungen an der Kontaktlinie zu schaffen. Eine weitere Verzögerung der Rotation führte zu maßlosem Alkohol- und Drogengenuss im 3. Bataillon der 30. mechanisierten Brigade sowie zur massenhaften Unterschlagung von Waffen und Schutzrüstung, um diese zu verkaufen oder gegen Alkohol und Drogen einzutauschen. Um Ordnung in das Bataillon zu bringen, ist eine Kommission der Leitung der 30. Brigade mit NATO-Psychologen eingetroffen, die sich unter dem Anschein von Beratern auf dem Territorium der Ukraine befinden.

So realisiert der Gegner weiterhin Maßnahmen, die auf eine Verschärfung des Konflikts gerichtet sind. Die gesamte Schuld für seine Entfachung liegt ausschließlich beim militärischen Kommando und der politischen Führung der Ukraine.

De.sputniknews.com: Russlands Vertreter beim Internationalen Währungsfonds (IWF) wird gegen die Gewährung einer weiteren Kredittranche an die Ukraine stimmen, wie der russische Finanzminister Anton Siluanow am Montag bei einem Pressegespräch in Moskau mitteilte.

„Wir werden am Montag unserem Vertreter beim IWF verordnen, gegen eine neue Kredittranche an die Ukraine zu stimmen, weil dieser Beschluss unserer Ansicht nach den geltenden Regeln widerspricht“, so Siluanow.

Laut dem Minister hält Moskau zudem die Erklärung des Internationalen Währungsfonds für unbegründet, dass Kiew alle Bedingungen für die Bereitstellung der weiteren Tranche erfüllt habe. Der IWF habe hierbei seine eigenen Vorschriften verletzt, so Siluanow. Russland als IWF-Mitglied sei berechtigt, seine Position durchzusetzen.

„Ich kann nicht sagen, welche Entscheidung letzten Endes der Direktorenrat (des IWF – Anm. d. R.) treffen wird. Die meisten Mitglieder des Internationalen Währungsfonds vertreten möglicherweise einen anderen Standpunkt und Russlands Stimme wird hierbei keine entscheidende Rolle spielen“, betonte der Minister.

Der IWF hatte die Gewährung einer weiteren Tranche an Kiew auf die Tagesordnung des für den 14. September anberaumten Direktorenrates gesetzt. Das auf vier Jahre befristete IWF-Programm sieht Hilfe im Gesamtwert von 17,5 Milliarden US-Dollar für Kiew vor.

Der IWF hatte im vergangenen Jahr ein neues Rettungsprogramm für die Ukraine abgesegnet. In vier Jahren soll das vom Staatsbankrott bedrohte Land von internationalen Gläubigern insgesamt 40 Milliarden US-Dollar bekommen, darunter 17,5 Milliarden US-Dollar vom IWF. Bislang überwies der Fond 6,7 Milliarden Dollar, davon fünf Milliarden US-Dollar im März 2015, weitere 1,7 Milliarden US-Dollar im August 2015. Eine dritte Tranche wurde wegen der in der Ukraine ausgebrochenen politischen Krise verschoben.

Der IWF zeigte sich bereit, mit Kiew nach dem Rücktritt von Premier Arsenij Jazenjuk und der Ernennung von Wladimir Groisman zum neuen Regierungschef zu arbeiten.

Lug-info.com: Gratulation des Oberhauptes der LVR Igor Plotnizkij an die Muslime der Republik zum Opferfest

Der Donbass, das ist Russland im Miniaturformat. In unserem Land leben, arbeiten und verteidigen die Heimat freundschaftlich und gemeinsam etwa 120 Nationalitäten und Völkerschaften. Unter uns die Vertreter verschiedener Konfessionen, mit ihren Besonderheiten des Glaubens und des religiösen Lebens. Aber gemeinsam bilden wir den Donbass, den „niemand auf die Knie gezwungen hat und der dies niemandem erlauben wird“.

Vom 12. bis zum 14. September feiern unsere muslimischen Mitbürger den Hauptfeiertag ihres religiösen Kalenders – das Opferfest. Von Herzen gratuliere ich ihnen und rufen alle Einwohner der Republik auf, dies auch zu tun. In den harten Monaten des Krieges und der Blockade spalten wir uns nicht auf, sondern schließen uns zusammen und siegen, indem wir einander helfen. Für uns gibt es kein fremdes Elend, für uns sind alle Feiertage

gemeinsame.

Wie sehr sich auch die Säer von Hass, die Entfacher des Krieges und die käuflichen Akteure blutiger Maskeraden bemühen, der Islam, der echte Islam, ist zu Recht eine Weltreligion, die ihre Anhänger lehrt, in Frieden, Schaffenskraft und gegenseitiger Liebe zu leben.

Das Oberhaupt der LVR, I. W. Plotnizkij

De.sputniknews.com: Kiews Erklärung über die Unmöglichkeit der Durchführung der russischen Parlamentswahlen auf ukrainischem Territorium verletzt sämtliche Anständigkeitsnormen und Regeln der zivilisierten internationalen Kommunikation, wie das russische Außenministerium am Montag mitteilte.

„Die Entscheidung Kiews vom 10. September ist darauf gerichtet, die russischen Bürger, die ständig in der Ukraine leben oder sich vorübergehend dort befinden, ihres obligatorischen Rechts auf freie Willenserklärung zu berauben“, geht aus der Meldung hervor.

Dabei bezeichnete das Außenamt Kiews Versuche zu einem Ultimatum gegen Russland als lächerlich und rief internationale Menschenrechtsorganisationen in diesem Zusammenhang auf, die entstandene Lage zu bewerten und den „offen antidemokratischen und diskriminierenden Beschluss“ aufzuheben.

Russland hat am Montag eine offizielle Benachrichtigung aus Kiew erhalten, dass in der Ukraine die Abstimmung zu den russischen Staatsduma-Wahlen unmöglich durchgeführt werden kann. „Wir haben die Mitteilung erhalten, prüfen sie jetzt und werden eine entsprechende Erklärung abgeben“, hieß es hierzu im russischen Außenministerium.

Zuvor hatte die Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission der Russischen Föderation, Ella Pamfilowa, Kiew mit möglichen Folgen gedroht, sollte es seine Position nicht ändern. Ihren Worten zufolge könnte ein Wahlverbot „die Ukraine selbst gleich einem Bumerang in überraschendster Weise treffen“.

Sie verwies darauf, dass die russische Botschaft in Kiew und die Generalkonsulate in Odessa, Lwiw und Charkiw bereits Wahllokale eingerichtet hätten, damit etwa 80.000 Wähler von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen können. Außerdem wurden ihr zufolge zusätzliche Wahllokale für die Abstimmung in den Nachbarländern der Ukraine organisiert.

Abends:

Dnr-online.ru: Die Ukraine verwendet weiterhin verbotene Methoden und Mittel der Kriegsführung, indem sie Kinder für kriminelle und Diversionstätigkeiten heranzieht und anwirbt. Dies erklärte heute die Bevollmächtigte der DVR für Menschenrechte Darja Morosowa.

„Zum wiederholten Mal sehen wir, dass die ukrainische Seite die Normen des internationalen Rechts verletzt, indem sie verbotene Methoden und Mittel der Kriegsführung für kriminelle und Diversionsaktivitäten heranzieht und wirbt. Ich merke an, dass wir auf jeden Fall diese Frage beim nächsten Treffen der humanitären Untergruppe in Minsk aufwerfen werden. Ebenfalls wird diese Information in jedem Fall den Vertretern von UNICEF übergeben werden“, erklärte die Bevollmächtigte.

Im Hinblick auf die Ernsthaftigkeit der Situation rief Darja Morosowa die internationalen Organisationen auf, auf das offizielle Kiew einzuwirken, um die Hereinziehung von Kindern in den militärischen Konflikt zu verhindern. „Ich lenke Ihre Aufmerksamkeit darauf, dass es im ukrainischen Strafrechtsgesetzbuch einen Artikel über die Heranziehung von Minderjährigen

gibt, der eine Strafe von 3 bis 7 Jahren Freiheitsentzug vorsieht. Außerdem muss die zynische und über den Rahmen des Vernünftigen herausgehende Nutzung von Heranwachsenden zur Durchführung von Verbrechen gegen Einwohner der Republik erwähnt werden. Ich rufe die internationalen Rechtsschutzorganisationen auf, die Aufmerksamkeit darauf zu richten, dass ukrainische militärische Strukturen Kinder, die noch nicht die Volljährigkeit erreicht haben, für kriminelle und Diversionsaktivitäten einsetzen. Dieser Fall gibt noch einen weiteren Anlass zur Beunruhigung über das Schicksal unserer Kinder, die von der ukrainischen Seite aus der Republik gebracht wurden. Ich habe Angst mir vorzustellen, wozu die ukrainischen Truppen im Bezug auf Kinder des Donbass noch fähig sind“, unterstrich sie.

De.sputniknews.com: Am heutigen Montag feiern die Muslime weltweit einen der höchsten Feiertage im Islam – das Opferfest (arabisch „Eid Aladha“ oder türkisch „Kurban Bayrami“). In Moskau versammelten sich mehrere Tausend Muslime um die und in der Hauptmoschee der russischen Hauptstadt, um das Fest zu begehen.

Russlands Präsident Wladimir Putin wünschte den Gläubigen ein gesegnetes Opferfest und betonte die Rolle der muslimischen Gemeinde bei der Unterstützung des interkulturellen Dialogs im Land.

Am ersten Tag des Festes besuchen Muslime meist eine Moschee zu einem Festgebet mit Predigt. Dieses Jahr findet das Islamische Opferfest vom 12. bis zum 15. September statt. Mit dem Opferfest erinnern die Gläubigen an die Bereitschaft des Propheten Ibrahims, seinen Sohn Ismael Allah zu Ehren zu opfern. Das Fest markiert auch das Hadsch-Ende — der alljährlichen Pilgerfahrt der Muslime nach Mekka.

